Vor bösen Jahren

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **12 (1922)**

Heft 13

PDF erstellt am: **22.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-636641

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Vor bösen Jahren.

Wenn Lloyd George sein politisches Meisterstück liefern will, so ist es für ihn bald Zeit. Ihm könnte die politische Nacht kommen, „da niemand wirken kann"; die überhand nehmende Unzufriedenheit über seine Erfolge in allen Lagern mehren sich, die Konservativen sind umsomehr seine Feinde, als er ihnen in der Innen- und Außenpolitik Konzessionen macht, und die Linke beider Schattierungen verargte ihm diese Konzessionen naturgemäß noch mehr als die andern, denen er sie macht.

Aber Lloyd George hat seine Ferien abgekürzt, um sich in den Entscheidungskampf zu stürzen. Die erste Aktion war, daß er bekannt gab, welche Bedingungen er für die Uebernahme der Führung eines rein konservativen Ministeriums stellen würde: Anerkennung des irischen Abkommens und Fortsetzung einer freiheitlichen Politik nach aussen und innen. Sodann ließ er, um die Freunde der Koalition zu stärken, sein Memorandum an die Friedenskonferenz von anno 1919 durch die Presse in Erinnerung rufen; die Oeffentlichkeit soll wissen, daß er in der Friedensfrage nie einen andern Standpunkt als heute eingenommen, nämlich, daß zwar Deutschland den letzten Heller bezahlen müsse und verpflichtet sei, den angerichteten Schaden zu vergüten, daß aber gleichzeitig die Herstellung des Friedens keinen Sinn habe, wenn es nur für die Dauer von bloß drei Dezennien sei. Das Problem sei vielmehr die Herstellung eines Friedens auf haltbarer Grundlage, der sich später bewähren könne. Niemals dürften die Reparationslasten länger dauern als die jetzige Generation. Wichtiger aber als alle Reparationsfragen sei es, den Handel wieder herzustellen.

Die Erinnerung an dieses Memorandum sieht so aus, als ob der gefährdete Premier nach links Fühlung suchte, als ob er sich sammeln werde zu einem wirksamen Angriff gegen die nun in ihrer vollen Stärke zur Entwicklung gelangte Politik der französischen Kontinentalherrschaft. Der Angriff ist zur Notwendigkeit geworden. Frage, wer den Angriff führt! Die Antwort darauf scheint zu lauten: „Nicht der Kompromißler Lloyd George." Er versucht, die Freunde der Verständigung mit Frankreich, welche eingesehen haben, daß eine Verständigung ohne Revision der finanziellen Friedensbedingungen unmöglich gemacht wird, im Blick auf Genua zu einigen.

Das ist die wirkliche Lage in England. Was mehr über Pläne des Premiers gesagt wird, sind Gerüchte. Gerücht ist, daß er mit der eleganten Schwenkung nach der Linken sich wenden und durch die Forderung der Anerkennung Lenins sich die Arbeiterpartei und die Teile der Koalitionsliberalen sichern wolle, die für eine Verständigung mit Rußland seien. Gerücht ebenso, daß er die Absicht kundgegeben habe, mit Lenin einen Sonderfrieden abzuschließen, falls die Genueserkonferenz, bezw. die Alliierten sich nicht mit Moskau verständigen wollten. Täte Lloyd George das, so zöge er die Konsequenzen aus der zugespitzten Lage. Aber Kompromiß und Konsequenz sind zwei Dinge.

Während er zögert, arbeitet Paris ohne Säumen und erreicht einen Erfolg nach dem andern. In der Levantekonferenz, die das türkische Friedensproblem zu behandeln hat, wurde den Griechen und Türken ein Waffenstillstand vorgeschlagen, den die Griechen sofort annahmen, die Nationalversammlung von Angora aber, wohl wissend, daß jeder Widerstand den Franzosen recht sein werde, ablehnte. Nun können die Herren der Konferenz neue Bedingungen vorschlagen, wohl die sofortige Räumung Kleinasiens, Smyrna eingeschlossen, können die Türken aufmuntern, sich selbst der Abtretung Gallipolis, der Neutralisierung des asiatischen Dardanellenufers und der vertraglichen Okkupation Ostthrakiens zu widersetzen, können Adrianopel, die alte Grenze in Armenien und Nordmesopotamien für die Herrschaft des Sultans reklamieren. Wie zum Hohn auf England wird dabei der Schutz der nationalen Minderheiten dem Völkerbund übertragen, der schönen, wehrlosen Institution, die vor bald zwei Jahren gegen die Massakers im wiedereroberten Erzerum nichts aufbrachte als einen papierenen Protest.

Das Spiel in Anatolien, an dem selbst die Sovietrussen nicht mehr ihre Freude haben können, weil Frankreich die Türken allzu kräftig, allzu selbstherrlich und von Moskau emanzipiert ausstatten will, hat ein Gegenstück in dem neuen Vorgehen gegenüber Deutschland. Die nach Berlin gesandte Note der Reparationskommission hat wie eine Bombe gewirkt und in London das Unbehagen vermehrt.

Die Reparationsnote verlangt von Deutschland für 1922 endgültig 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen in Sachleistungen, wobei freilich inbegriffen sind die Vergütungen für die Besetzung der Rheinlande. Diese „Stundung" soll nur provisorischen Charakter haben. Erfüllt Deutschland seine Verpflichtungen nicht, so treten die Bestimmungen des Londonerabkommens in Kraft, also die Sanktionen. Da nun nicht einzusehen ist, wie Deutschland die Goldmillionen auftreiben könnte, so sieht die Sache praktisch so aus, wie Poincaré und die Seinen sie wünschten: an den Bestimmungen von London ist auch nicht ein Tüpfelchen geändert worden. Wie mit einem selbstverständlichen Faktor rechnet Paris heute mit der immer weniger möglich gewordenen Bezahlung, um sich dieser Unmöglichkeit als Grund zur Besetzung des Ruhrlandes zu bedienen. Schärfer als hier tritt nirgends zutage, wie sehr sich der englisch-französische Gegensatz herausgearbeitet hat. Während man jenseits des Kanals mit der Unmöglichkeit der Reparation in dem Sinne rechnet, daß der Versaillervertrag umgestürzt und zu Gunsten des bedrohten Dauerfriedens verbessert werden müsse, will Frankreich sich den für ihn ungenügenden Vertrag ergänzen durch die mit Absicht herbeigeführte Berechtigung zur Zertrümmerung des deutschen Staatsgefüges.

Frankreich hat sich aber in der neuen Note nicht bloß die Rechte gesichert, die es aus dem Londonerultimatum ableitete, es hat auch das Recht erhalten, sich in den Staatshaushalt des Reiches einzumischen wie und wo es ihm beliebt. Praktisch tritt dieses neue Recht erstmals in Erscheinung durch die gestellte Forderung nach Ergänzung des eben erst zustande gekommenen Steuerkompromisses: Deutschland soll für das nächste Jahr 60 Milliarden neue Steuern erheben.

Wahnsinnige Erhöhung der Ziffern für die Einfuhr verschlechtern die passive Handelsbilanz beinahe täglich, wodurch der Markfall sich genügend erklärt, indem das Auslandsangebot an Mark rapid steigt; die Teuerung rennt dabei der innern Inflation voraus. Nun kommt die neue Note und zeigt Europa die Gefahr, worin wir stecken: An jedem Börsenkurszettel der Welt steht für den, der lesen kann, geschrieben, daß die Franzosen das Recht haben, das Ruhrland zu besetzen.

Aus Angst vor Erpressungen wich Wirth der wirksamen Sachwertbesteuerung aus, sind die Arbeitermassen immer weiter nach rechts geglitten, haben sich den Mehrheitssozialisten verschrieben, schließt sich die Gruppe Levi den Unabhängigen an, die langsam in ein nationalistisches Fahrwasser einmünden, ohne es zu merken, haben die beiden Parteien nicht gewagt, sich bis aufs Aeußerste für die Sachwertergreifung einzusetzen. Aus Angst vor der Pariserreaktion betreibt Berlin das Spiel der eigenen Reaktion. Das Erfüllungskabinett Wirth ist fallreif oder reif zum Rechtsschwenken dem Willen der Nation gemäß: Wirth lehnt die böse Note ab; fällt nun Lloyd George, dann wird ein böses Jahr angehen; die englischen Konservativen sind bereit, Paris noch mehr zu opfern als Lloyd George tat, bloß um Indiens und Aegyptens willen, und die Liberalen haben sich zu keiner andern Einsicht bekehren können. Dank dieser Opferbereitschaft wird sich der Verfall des Handels weiter hinziehen und Hoffnung aus dem Elend ist bloß der Sieg der Linken bei kommenden Wahlen in England. -kh-